

Talfahrt der SPD zu Ende?

SPIEGEL-Umfrage über die politische Situation im Monat Februar

Wem schadete, wem nützte der Streit, ob die Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent erhöht werden soll: den Bonner Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP oder der SPD, die den Gegenkurs der von ihr regierten Bundesländer steuerte?

Von Montag bis Mittwoch vergangener Woche erforschte das Bielefelder Emnid-Institut per Telefon die Meinung der westdeutschen Bundesbürger (Telefon-Umfragen in der Ex-DDR wären nicht repräsentativ).

Die Umfrage lief zwischen zwei Sitzungen in Bonn, auf denen es um diese Auseinandersetzung ging.

Am Mittwoch vorletzter Woche war im Vermittlungsausschuß der Versuch gescheitert, einen Kompromiß zwischen der Bundesregierung und der SPD-Mehrheit im Bundesrat zu finden. Am Freitag vergangener Woche stand das

Thema auf der Tagesordnung des Bundesrates.

Von dem Streit „gehört oder gelesen“ hatten 94 Prozent der Befragten. Die anderen nahmen diesen Konflikt nicht wahr – immerhin eine Minderheit von 2,8 Millionen Bundesbürgern.

„Wer hat recht?“ fragte Emnid die 94 Prozent der Befragten weiter, die sich für mehr oder minder informiert hielten; sie wurden gleich 100 Prozent gesetzt.

Wiederum war eine Minderheit befragt. 36 Prozent konnten oder wollten sich für keine Seite entscheiden. 23 Prozent pflichteten der Bonner Regierung, 41 Prozent den SPD-Ländern bei.

Da mag mancher SPD-Strategie zufrieden sein: Man habe mehr Bundesbürger beeindruckt und deshalb knapp zwei Monate vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ein wichtiges Ziel erreicht. Aber zwei

Drittel der Befragten, die den Ländern recht gaben, waren ohnehin SPD-Wähler.

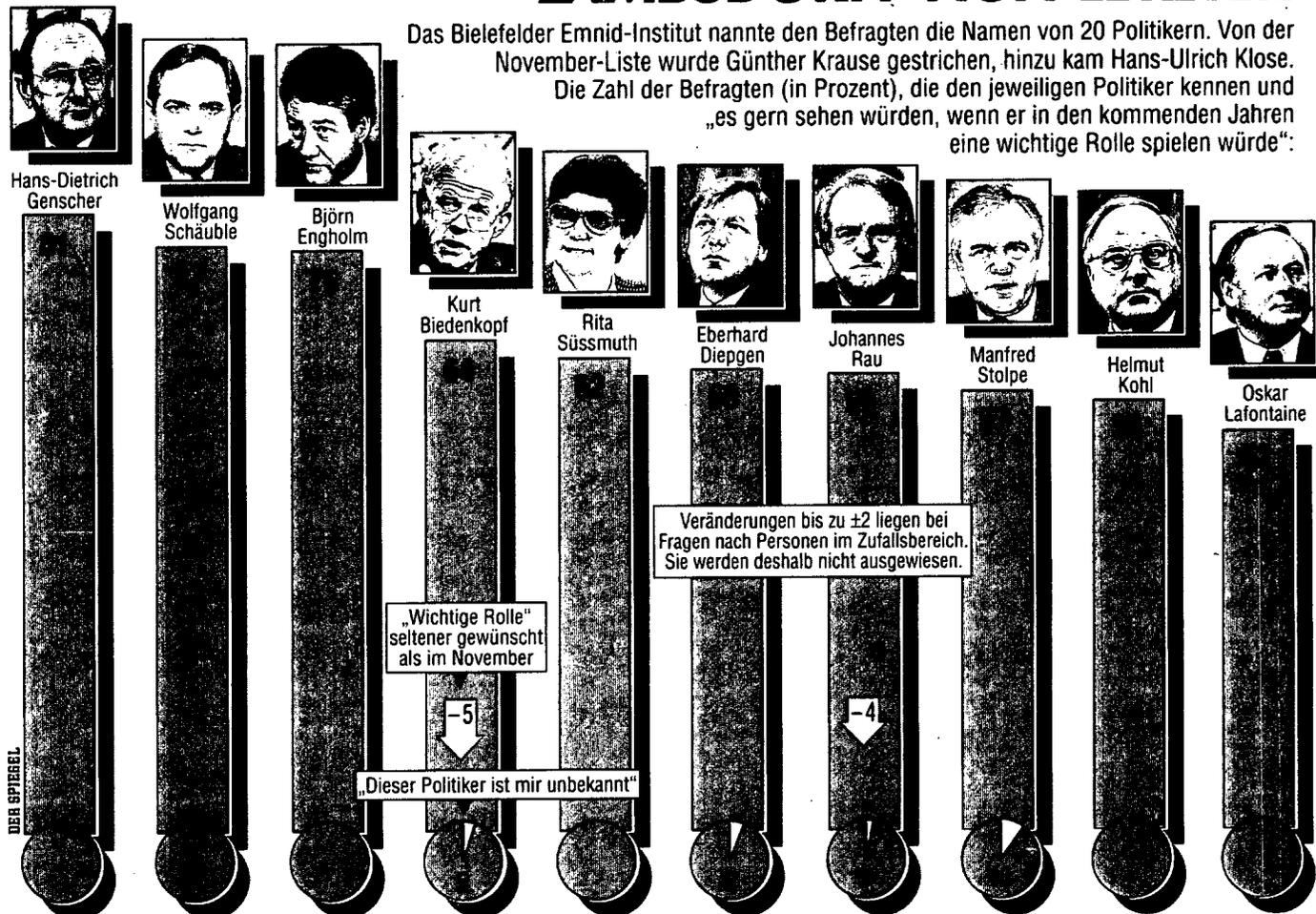
Schließlich fragte Emnid nach den Gründen, warum sich die SPD der Steuererhöhung widersetze.

Für eine Mehrheit von 57 Prozent war klar: „aus wahltaktischen Gründen“, nur 26 Prozent vermuteten „inhaltliche Gründe“, und 17 Prozent wußten keine Antwort.

Zu diesen Ergebnissen meint Klaus-Peter Schöppner, der bei Emnid die SPIEGEL-Umfragen leitet: „Mißt man den Erfolg daran, wie viele Wähler wegen des Steuerstreits die Partei wechseln, so hat er sich für keine der beiden Seiten gelohnt.“ Die Telefon-Umfrage habe sich zwar auf Westdeutschland beschränkt, es gebe aber „keinen Grund anzunehmen, daß die Reaktion im Osten wesentlich anders war als im Westen“.

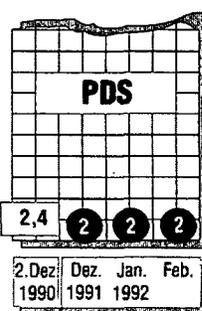
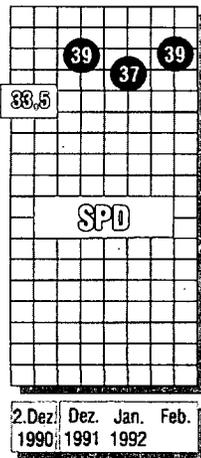
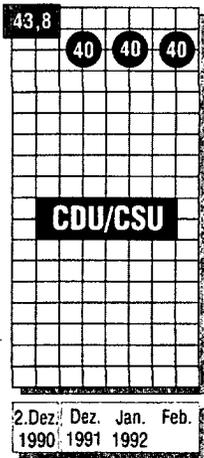
LAMBSDORFF NUN LETZTER

Das Bielefelder Emnid-Institut nannte den Befragten die Namen von 20 Politikern. Von der November-Liste wurde Günther Krause gestrichen, hinzu kam Hans-Ulrich Klose. Die Zahl der Befragten (in Prozent), die den jeweiligen Politiker kennen und „es gern sehen würden, wenn er in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen würde“:



KOALITION 50, SPD UND GRÜNE 45 PROZENT

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Die Antworten auf diese „Sonntagsfrage“ in den letzten drei Monaten, zum Vergleich das Ergebnis der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990:



Ergebnisse in allen Grafiken in Prozent

DER SPIEGEL

Die SPD hat politische Erfolge nötiger als die CDU/CSU. Für die Oppositionspartei geht es darum, einen für sie negativen Trend zu stoppen oder sogar umzukehren. Das zeigen die SPIEGEL-Umfragen, die mit 2000 Befragten im Westen und 1000 Befragten im Osten repräsentativ sind für die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik.

Seit Herbst vergangenen Jahres ist es mit der SPD bergab gegangen. Deutlich unterscheiden sich die Emnid-Ergebnisse vom Sommer vergangenen Jahres und von Ende Januar/Anfang Februar dieses Jahres.

Im August lag die SPD weit vor der CDU/CSU (44 gegenüber 38 Prozent), nun muß sie sich mit dem zweiten Platz begnügen (39 gegenüber 40 Prozent).

Während noch im September die Mehrheit der Deutschen (51 Prozent) vermutete, bei der nächsten Bundes-

tagswahl werde es zu einem Machtwechsel in Bonn kommen, glaubt nunmehr nur noch eine Minderheit von 44 Prozent daran. Sogar jeder dritte SPD-Wähler nimmt an, daß in Bonn auch nach 1994 alles beim alten bleibt.

Das Meinungsklima ist umgeschlagen. Im Juni meinten 75 Prozent der Bundesbürger, die Stimmung sei für die SPD „besonders günstig“; nun haben nur noch 42 Prozent diesen Eindruck.

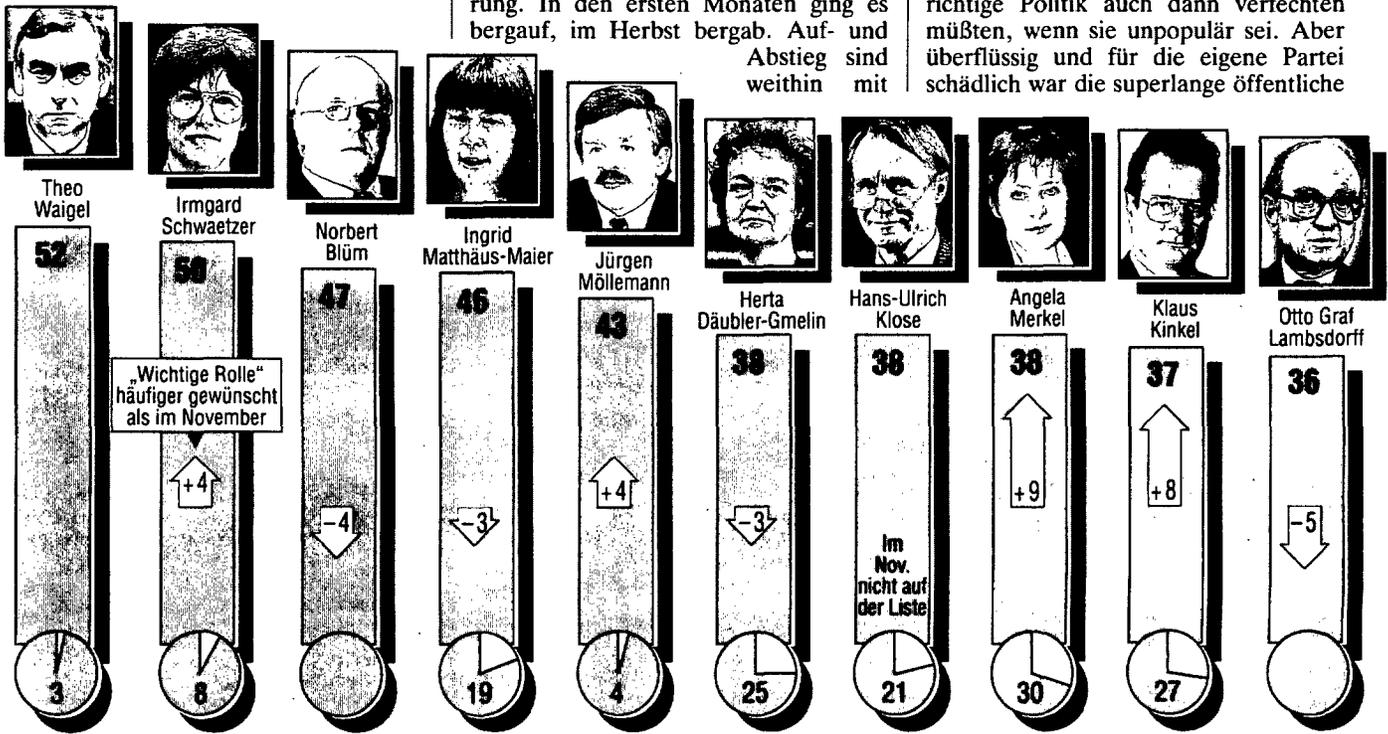
Und sogar SPD-Chef Engholm, populär trotz aller Parteiprobleme, nahm Schaden. Im September lag er 10 Punkte, im Januar/Februar nur noch 2 Punkte vor Kohl, als gefragt wurde, für welchen von beiden man sich bei einer Direktwahl des Kanzlers entscheiden würde (48 zu 46 Prozent).

Die Entwicklung der SPD im vergangenen Jahr glich einer Gebirgswanderung. In den ersten Monaten ging es bergauf, im Herbst bergab. Auf- und Abstieg sind weithin mit

den jeweils aktuellen politischen Themen zu erklären. Zunächst kam der Opposition der Volkszorn über die Steuererhöhung zugute, die Kohl & Co. im Bundestagswahlkampf Ende 1990 bestritten und nach der Wahl alsbald beschlossen hatten.

Umgekehrt geriet die SPD im zweiten Halbjahr in die Defensive, als die meisten Bundesbürger sich über den Zustrom von Fremden empörten und ihn zumindest drosseln, am liebsten stoppen wollten. Die Politik der CDU/CSU kam diesem Verlangen entgegen – bis hin zu der unablässigen Versicherung, anders als die SPD und die FDP sei die Union bereit, das Grundgesetz zu ändern und das dort garantierte Recht auf Asyl einzuschränken. Einer großen Mehrheit, laut Emnid 74 Prozent, wäre dies recht.

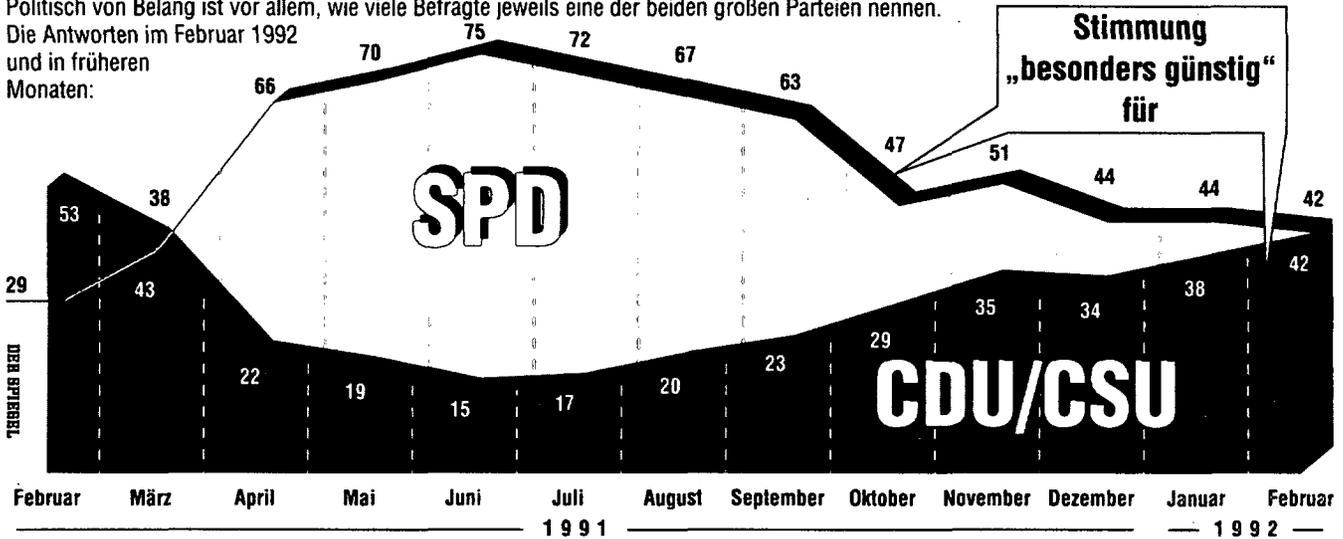
Beim Ausländerproblem mögen die SPD-Politiker einwenden, daß sie eine richtige Politik auch dann verfechten müßten, wenn sie unpopulär sei. Aber überflüssig und für die eigene Partei schädlich war die superlange öffentliche



Meinungsklima im Februar

FÜR CDU/CSU UND SPD GLEICH GUT

Das Meinungsklima mißt Emnid mit der Frage: „Für welche Partei ist die politische Stimmung im Augenblick wohl besonders günstig?“ Politisch von Belang ist vor allem, wie viele Befragte jeweils eine der beiden großen Parteien nennen. Die Antworten im Februar 1992 und in früheren Monaten:



Debatte um die Führung der SPD im allgemeinen und um ihren Kanzlerkandidaten im besonderen. Da wurden wochenlang Wählerstimmen verschenkt.

In dieser Zeit, als die SPD ihre Chancen zerredete, waren schlichte Bundesbürger – die Basis also – politisch weitsichtiger als die sozialdemokratischen Spitzen, wie die Emnid-Umfrage belegt.

In den alten Bundesländern werden bei den SPIEGEL-Umfragen in zwei Wellen nacheinander je 1000 Männer und Frauen interviewt, so daß sich die Umfrage über drei Wochen hinzieht. Diesmal lief die erste Welle schon, als noch immer debattiert wurde, ob Engholm, Klose oder Lafontaine als Kanzlerkandidat in den Kampf gegen Kohl geschickt werden solle und wolle.

Die Wähler hatten diese Frage längst entschieden. Als Emnid die ersten 1000 Befragten nach dem bestgeeigneten Kandidaten fragte, sprachen sich 64 Prozent für Engholm, lediglich 22 Prozent für Lafontaine und gar nur 9 Prozent für Klose aus.

Insgesamt läßt die Februar-Umfrage den Schluß zu, daß der für die SPD negative Trend gestoppt wurde. Die Wähler-Anteile haben sich schon in den letzten Monaten des Vorjahres stabilisiert, für die CDU/CSU bei 39 bis 40, für die SPD bei 37 bis 39 Prozent.

Aber von einer Trendwende kann nicht die Rede sein. Erfahrungsgemäß würde sie sich früh in den Antworten auf die Frage nach dem Meinungsklima ankündigen. Wenn sich die Stimmung für eine Partei deutlich verbessert, ist ein baldiger Anstieg der Zahl ihrer Wähler zu erwarten.

In diesem Monat wurden SPD und CDU/CSU gleich oft als die Partei genannt, für die es eine „besonders günstige“ Stimmung gebe. Deshalb nimmt

Schöppner an, daß es „in nächster Zeit relativ ruhig bleiben, also kaum Wechsel von Wählern geben wird – vorausgesetzt, daß nicht ein politisches Ereignis Bewegung in die Wählerschaft bringt“.

Eine Stagnation der Zahlen bedeutet aber, daß die CDU/CSU kaum um die Macht in Bonn fürchten muß, die SPD kaum auf einen Wechsel hoffen kann.

Für viel zu wenige Bundesbürger stellt sich die SPD als bessere Alternative zur CDU/CSU dar. Am deutlichsten wurde dies, als Emnid fragte, was sich wohl ändere, wenn in Bonn nicht die CDU/CSU, sondern die SPD regiere.

Nur knapp ein Drittel der Bundesbürger meint, den Deutschen ginge es dann besser. Die meisten sehen mithin keinen Grund zum Wechsel, zumindest nicht, solange die SPD nicht mit Konzepten aufwartet, die mit dem Alltag der Bundesbürger mehr zu tun haben als ein komplizierter Steuerstreit oder vage Pläne für die ferne Zukunft.

Solche Konzepte sind heute schwerer zu entwickeln als früher, denn die vereinten Deutschen leben in grundverschiedenen Welten.

Das gilt schon für die Stärke der Parteien. Im Westen liegt die CDU/CSU 3 Punkte vor, im Osten 6 Punkte hinter der SPD. In der einstigen DDR ist die Zahl der CDU-Anhänger von 41,8 Prozent bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 auf 32 Prozent in diesem Monat geschrumpft. Die Union verlor eine Million Wähler.

Vor allem unterscheidet sich die wirtschaftliche Lage. Sie wird im Westen positiv, im Osten negativ eingeschätzt. Noch immer ist dieser Kontrast groß, obwohl es neuerdings zwei gegenläufige Trends gibt:

Im Westen bezeichnen weniger Befragte als früher die dortige Lage als „sehr gut“ oder „gut“; im Juni vorigen Jahres waren es 76, in diesem Monat nur 47 Prozent.

Umgekehrt nennen auch weniger Ostdeutsche als früher die dortige Lage „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

In deutsch-deutschen Kernfragen stehen sich massive Mehrheiten im armen Osten und im reichen Westen mit konträren Meinungen gegenüber. Vor allem die Frage, ob Bonn genug für den befreiten, aber heruntergewirtschafteten Osten tue, entzweit die alten und die neuen Bundesbürger. Die West-Mehrheit meint, es sei genug oder sogar zu-

LOHNT EIN MACHTWECHSEL?

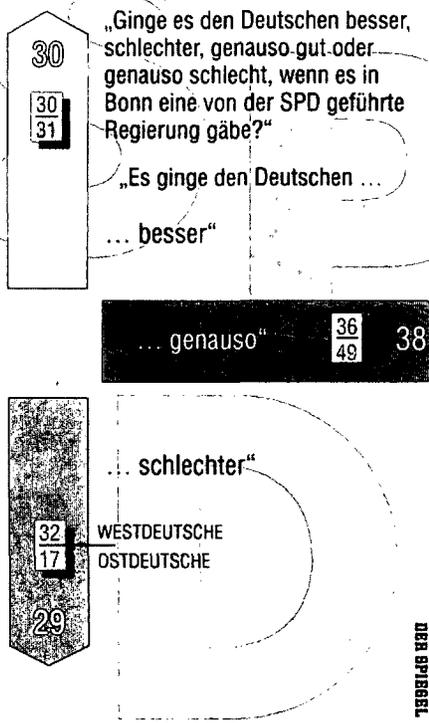
„Ginge es den Deutschen besser, schlechter, genauso gut oder genauso schlecht, wenn es in Bonn eine von der SPD geführte Regierung gäbe?“

„Es ginge den Deutschen ...

... besser“

... genauso“

... schlechter“

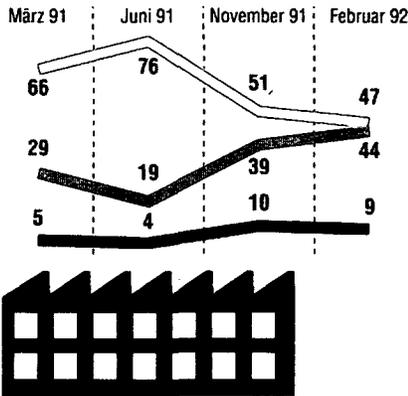


IM WESTEN NOCH „GUT“, IM OSTEN NOCH „SCHLECHT“

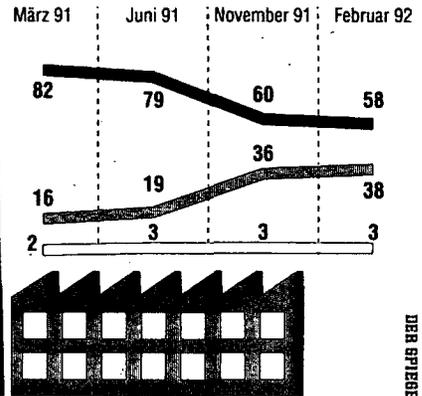
Über die „allgemeine wirtschaftliche Lage“ in ihrem Teil der Bundesrepublik sollten sich die Befragten in West- und Ostdeutschland äußern.

„sehr gut“ oder „gut“ 
 „teils, teils“ 
 „schlecht“ oder „sehr schlecht“ 

WESTDEUTSCHE ÜBER WESTDEUTSCHLAND



OSTDEUTSCHE ÜBER OSTDEUTSCHLAND



DER SPIEGEL

viel, die Ost-Mehrheit meint, es sei zu wenig.

Wähler der CDU haben im Osten bei solchen Themen eine ganz andere Meinung als Wähler der CDU/CSU im Westen, und auch bei den Anhängern der SPD und der FDP überdeckt der Ost-West-Gegensatz die politische Einstellung. Nur bei den Grün-Wählern gibt es eine gesamtdeutsche Eintracht. In West und Ost meinen die meisten Anhänger dieser Partei, Bonn müsse mehr tun, um den Osten auf Westniveau zu bringen.

In Ost und West ist Engholm seinem Gegner Kohl in einem wichtigen Punkt überlegen: Der Kanzler ist nur in den eigenen Reihen populär, Engholm auch bei vielen, die seiner Partei fernstehen. Das ergibt sich aus den Antworten auf die Frage, welchen von 20 Politikern man „für die kommenden Jahre eine wichtige Rolle“ wünsche:

Die meisten CDU/CSU- und FDP-Wähler sind dafür, die meisten SPD-

„TREUHAND ARBEITET SCHLECHT“

Zwischen sechs Werten konnten die Befragten in Ostdeutschland wählen, um die Arbeit der Treuhand zu beurteilen.

DER SPIEGEL



und Grün-Wähler sind dagegen; daß Kohl künftig eine „wichtige Rolle“ spielt. Für Engholm hingegen ermittelte Emnid Mehrheiten bei den Anhängern aller vier Parteien.

Das trifft auch für den brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe zu, und zwar gleichermaßen vor wie nach der Offenbarung seiner Stasi-Kontakte.

Für eine Mehrheit in Bonn braucht Engholm neben einer stärkeren SPD auch einen Koalitionspartner, und da sind die Aussichten düster.

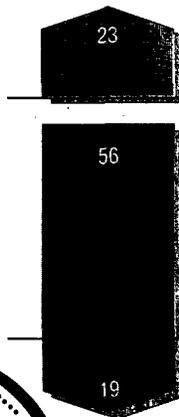
Die 6 oder 7 Prozent, die Emnid seit mehreren Monaten für die „Grünen/Bündnis 90“ meldet, sind insofern eine Fiktion, als dieser Anteil nur erreicht würde, wenn die West-Grünen und die Ost-Linken vom „Bündnis 90“ sich vereinen.

Selbst dann ist eine rot-grüne Mehrheit unwahrscheinlich. Jedenfalls haben seit zweieinhalb Jahren die Oppositionsparteien bei keiner einzigen der allmo-

OSTDEUTSCHE: „BONN TUT ZU WENIG“

„Tut Bonn für die Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an die westdeutschen zuviel, zu wenig oder gerade genug?“

WESTDEUTSCHE



OSTDEUTSCHE

„Bonn tut zuviel“

„Bonn tut genug“

„Bonn tut zu wenig“

76

„SCHLECHTER, ALS ICH DACHTE“

„Entspricht die Vereinigung Deutschlands Ihren Erwartungen?“



13 „Verläuft besser, als ich dachte“

42 WESTDEUTSCHE 45 OSTDEUTSCHE „Verläuft, wie ich es erwartet habe“

44 WESTDEUTSCHE 45 OSTDEUTSCHE „Verläuft schlechter, als ich dachte“

DER SPIEGEL



WEIT MEHR SORGE ALS HOFFNUNG



„Erfüllt Sie die Entwicklung in Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion eher mit Hoffnung oder eher mit Sorge?“ Die Befragten konnten zwischen zehn Werten wählen:



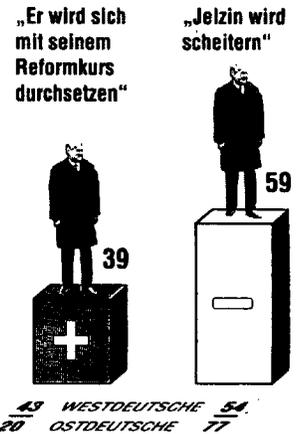
Eine entsprechende Frage hatte Ennid im vergangenen Jahr gestellt, als die Sowjetunion noch existierte und deren Staatschef Gorbatschow den Putsch überstanden hatte. Es äußerten

	im September 1991	im Februar 1992
Hoffnung (Werte 1 bis 5)	69	32
Sorge (Werte 6 bis 10)	29	66

DER SPIEGEL

„JELZIN WIRD SCHEITERN“

„Wie groß sind Jelzins Erfolgchancen?“



natlichen Ennid-Umfragen so viele Anhänger gehabt.

Für die FDP gibt es derzeit keinen Grund, den Partner zu wechseln. Im Gegenteil: Eine Wende zur SPD vor oder nach der Bundestagswahl würde den größten Teil ihrer Anhänger schocken. Lediglich 8 Prozent der FDP-Wähler meinen, daß es den Deutschen besser gehe, wenn in Bonn die SPD regiere. In vielen wichtigen Punkten denken die FDP-Anhänger kaum anders als die CDU/CSU-Wähler.

Die starke Position der FDP – mit meist 10 oder 11 Prozent völlig frei von Existenzsorgen – wird kaum dadurch beeinträchtigt, daß ihr Chef Lambsdorff

zum auslaufenden Modell geworden ist. Die meisten Bundesbürger haben ihn schon abgeschrieben, seit er seine Amtszeit befristet hat (bis zum nächsten Parteitag Mitte 1993) und seit seine Parteifreunde Kinkel, Möllemann und Schwaetzer um die Nachfolge öffentlich wetteifern.

Unendlich fern scheint die Zeit, als vor eineinhalb Jahren, im August 1990, mehr als die Hälfte der Bundesbürger (52 Prozent) dem FDP-Chef Lambsdorff eine „wichtige Rolle“ wünschten und er auf Platz 11 der Ennid-Liste stand.

Nun sind es nur noch 36 Prozent, und der Graf rutschte auf den letzten Platz, weil Verkehrsminister Krause, Letzter bei der vorigen Umfrage im November, von der Liste gestrichen wurde und drei Politiker Pluspunkte sammelten und an Lambsdorff vorbeizogen: seine Parteifreunde Möllemann und Kinkel sowie Angela Merkel, die als Kohls Stellvertreterin in der CDU bekannter und populärer wurde.

Im Wettstreit um die Lambsdorff-Nachfolge arbeitet die Zeit für Kinkel, und Möllemann hat aus seiner Sicht allen Grund, in Interviews auf eine Entscheidung noch vor dem Parteitag zu drängen: Als im November gefragt wurde, wer am besten für den FDP-Vorsitz geeignet sei, lag die Wohnungsbauministerin Schwaetzer klar in Front vor Wirtschaftsminister Möllemann und Justizminister Kinkel (55 gegen 29 und 16 Prozent). Seither hat Kinkel am stärksten zugelegt, Irmgard Schwaetzer an Anspruch verloren. Die Abstände sind nur noch knapp: Schwaetzer 37, Möllemann 35 und Kinkel 28 Prozent.

Auf den ersten Blick mag es wie ein Widerspruch wirken, daß mehr Befragte als im November der FDP-Politikerin

Schwaetzer eine „wichtige Rolle“ wünschen, während weniger Befragte als vor drei Monaten sie für geeignet halten, die FDP zu führen. Dazu Schöppner: „Angesichts der immensen Wohnungsnot wird sie populärer, weil sie fast ohne Konkurrenz Abhilfe verspricht. Im Kampf um den Parteivorsitz wird sie an ihren Rivalen gemessen.“

Kinkel hat noch die größten Reserven: Viele können ihn nicht schätzen, weil sie ihn nicht kennen.

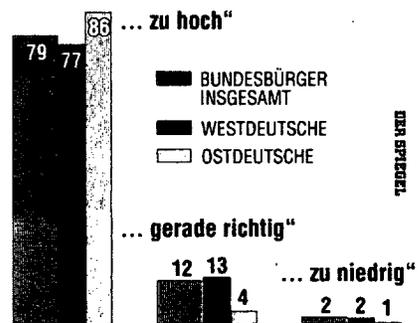
Die Wohnungsbauministerin und der Wirtschaftsminister sind ziemlich jedem bekannt. Der Justizminister hingegen ist noch immer für jeden vierten Deutschen eine unbekannte Größe.



„DIÄTEN SIND ZU HOCH“

„Was halten Sie von den Diäten, also den laufenden Bezügen der Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen?“

„Die Diäten sind im Schnitt ...



MEHRHEIT GEGEN ECU

Die Deutsche Mark soll spätestens 1999 durch den ECU – die einheitliche europäische Währung – ersetzt werden.

Die Meinung der Deutschen:

